

Zur Person

Ich wurde 1958 in Stralsund geboren und wuchs in Tribsees in Vorpommern auf. Nach dem Abitur und der Armeezeit habe ich in Berlin-Karlshorst Politische Ökonomie studiert.

Eine »Parteikarriere« hatte ich nie im Sinn, aber die Wende von 1989 änderte auch meine Pläne. Nachdem ich 1990 in Moskau meinen Doktor gemacht hatte, wurde ich Geschäftsführer im Verlag »Junge Welt«. 1991 holte mich Gregor Gysi als Schatzmeister in den Vorstand der PDS, 1997 wurde ich Bundesgeschäftsführer der Partei. Das bin ich auch seit 2007 in der Partei DIE LINKE. Zwischenzeitlich war ich Geschäftsführer im Zeitungsverlag »Neues Deutschland«. Von 1998 bis 2002 war und seit 2005 bin ich Bundestagsabgeordneter und arbeite vor allem im Haushaltsausschuss, der über alle Einnahmen und Ausgaben der Bundesrepublik entscheidet. Ich bin Vorsitzender der Deutsch-Zyprischen Parlamentariergruppe und Mitglied im ZDF-Fernsehrat.

In meiner Freizeit spiele ich Volleyball und besuche, wann immer möglich, die Spiele der Eisbären Berlin und vom FC Hansa Rostock, der hoffentlich nächstes Jahr wieder aufsteigt.

Liebe Wählerinnen und Wähler,

wenn Sie mir zur Bundestagswahl Ihre Stimme geben, wählen Sie einen Abgeordneten, der sich besonders für die Menschen in den neuen Ländern einsetzt.

Ohne DIE LINKE gäbe es keine Fortschritte beim Abbau der Diskriminierung ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner, keine Verlängerung des Arbeitslosengeldes I. Was wir erreichen, nutzt auch anderen Regionen in der Bundesrepublik.

Für ein sozialeres Land muss DIE LINKE stark sein. Dafür können auch Sie sorgen!

Ihr

DIE LINKE, Dietmar Bartsch
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99
www.dietmar-bartsch.de
www.fuer-gerechtigkeit.de



Dietmar Bartsch

Damit es im Land gerecht zugeht.

DIE LINKE.

Eine starke LINKE für ein soziales Land

Viele Menschen sorgen sich zu Recht um ihre Zukunft, um die ihrer Familien, ihrer Kinder und Enkelkinder. DIE LINKE nimmt diese Ängste ernst.

Sie vertritt die Interessen von Beschäftigten, Arbeitslosen, Studierenden, Rentnerinnen und Rentnern. CDU, CSU und SPD hingegen haben die Reichen begünstigt und den Spekulantentür und Tor geöffnet. Mitten in der Krise überweisen sie Steuermilliarden ohne Gegenleistung an die Großbanken. Nach der Wahl werden sie den Menschen die Rechnung präsentieren.

Der Staat muss in der Krise energisch handeln. Aber in wessen Interesse? Als einzige Partei sagt DIE LINKE: Hilfgelder für Banken und Unternehmen dürfen keine Geschenke an Aktionäre sein. Wenn Geld fließt, müssen im Gegenzug Anteile der öffentlichen Hand und der Belegschaften entstehen.

Die Krisenlasten müssen gerecht finanziert werden: mit Steuern für Millionäre, auf hohe Vermögen, große Erbschaften und auf Börsenumsätze.

DIE LINKE will Hartz IV abschaffen. Höhere Regelsätze sofort und dann endlich eine gerechte Grundsicherung. Wir wollen keine Hungerlöhne, sondern einen gesetzlichen Mindestlohn, der in den kommenden vier Jahren auf zehn Euro steigen soll. Wir sind gegen die Rente erst ab 67 und für eine verlässliche Alterssicherung. Wir wollen keine Zweiklassen-Medizin. Deutschland braucht eine Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, auch Selbstständige, Beamte, Politikerinnen und Politiker.

Die Regierungen Schröder und Merkel haben den privaten Reichtum gefördert und die öffentliche Infrastruktur verkommen lassen. Diese Fehlentwicklung wollen wir korrigieren. In der Kinderbetreuung und in der Bildung, bei der Pflege und bei sozialen Dienstleistungen gibt es großen Bedarf. Verkehrssysteme und Energiewirtschaft müssen ökologisch umgebaut werden. Öffentliche Investitionen sind das wirksamste Mittel gegen die Krise, und sie sichern gleichzeitig unsere Zukunft.

Mit 100 Milliarden Euro jährlich an zusätzlichen Investitionen und Ausgaben können bis zu zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstehen.

Am 27. September haben Sie die Wahl:

- Milliarden für Banken und Finanzhaie. Oder für Arbeitsplätze und Einkommen.
- Noch mehr Bereicherung oben und Armut unten. Oder mehr soziale Gerechtigkeit.
- Beschäftigte, Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner belasten. Oder Millionäre zur Kasse bitten.
- Schulen verkommen lassen. Oder gute und gebührenfreie Bildung für alle.
- Preistreiberei durch Energiekonzerne und Umweltbelastung. Oder sozial-ökologischer Umbau.
- In Afghanistan Krieg führen. Oder zurück zu einer friedlichen Außenpolitik.

Soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Gesellschaft sind finanzierbar. Man muss nur den Mut haben, für die Mehrheit der Menschen Politik zu machen.

Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme gegen Krieg und Ungerechtigkeit, für eine lebenswerte Zukunft. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.